

Europabüro der bayerischen Kommunen
Europabüro der baden-württembergischen Kommunen
Europabüro der sächsischen Kommunen

Brüssel Aktuell 24/2011

(24.06. – 01.07.2011)

Veranstaltung zum Bürokratieabbau in Europa mit Dr. Edmund Stoiber

Am 29. Juni lud die Bürogemeinschaft der Europabüros der bayerischen, baden-württembergischen und sächsischen Kommunen gemeinsam mit dem Deutsche Städte- und Gemeindebund (DStGB) zu einer Veranstaltung mit Dr. Edmund Stoiber, Vorsitzender der Hochrangigen Gruppe zum Bürokratieabbau in der Europäischen Union und Bayerischer Ministerpräsident a. D., zum Thema „Entbürokratisierung der EU-Vorschriften – Nutzen für die Kommunen“ in die Räumlichkeiten der Bürogemeinschaft ein. Dr. Stoiber schilderte in einer flammenden Rede die Herausforderungen, die diese ehrenamtliche Tätigkeit mit sich bringt und gab spannende Einblicke in seine Bemühungen, die EU-, aber auch nationale und regionale Bürokratie zu reduzieren.

Im Jahr 2007 schlug die EU-Kommission die Einführung eines ehrgeizigen Aktionsprogramms zum Abbau unnötiger Verwaltungslasten für Unternehmen in der EU vor. Der Europäische Rat billigte das Programm und kam überein, dass mit EU-Rechtsvorschriften verbundene Verwaltungslasten und damit auch nationale Maßnahmen zur Durchführung oder Umsetzung dieser Vorschriften bis zum Jahr 2012 um 25 % verringert werden sollen. Ferner forderte der Rat die Mitgliedstaaten auf, sich ähnlich ehrgeizige nationale Ziele zu setzen (siehe *Brüssel Aktuell 2/2011* zum geplanten Bericht über beispielhafte Vorgehensweisen beim Bürokratieabbau in den Mitgliedstaaten und auf lokaler und regionaler Ebene). Die Kommission setzte im Sommer 2007 eine Hochrangige Gruppe unabhängiger Experten unter der Leitung des früheren Bayerischen Ministerpräsidenten Dr. Edmund Stoiber ein. Die Gruppe hat insbesondere die Aufgabe, die Kommission bei Maßnahmen zur Verringerung von Verwaltungslasten in Bezug auf die Methodik und den Geltungsbereich des Aktionsprogramms zu beraten. Das Programm zeigt bereits konkrete Erfolge, die Unternehmen Einsparungen in Milliardenhöhe ermöglichen sollen. Doch was bringt das Programm der kommunalen Ebene?

Appell der kommunalen Verbände, das EU-Vergabe- und Beihilferecht zu entbürokratisieren

Josef Mend, erster Bürgermeister von Iphofen und erster Vizepräsident des Bayerischen Gemeindetags, stellte in seinem Grußwort die Dringlichkeit des Abbaus der Verwaltungslasten für die kommunale Ebene heraus. Dabei nannte er die Kernbereiche EU-Vergaberecht und Beihilferecht. Gerade die Vergabevorschriften seien ein Beispiel dafür, wie wichtige Vorhaben verlangsamt und verkompliziert werden. Es sei fraglich, ob die zur Verfügung gestellten Rechtsmittel den Unternehmen wirklich dienen, oder ob diese sich nicht besser auf einen neuen Auftrag konzentrieren sollten, als Zeit und Anwaltskosten vor der Vergabekammer zu investieren. Alle Verfahren hätten mittlerweile ein Stadium erreicht, dass es selbst bei bester fachlicher Beratung unmöglich macht, eine Vergabe ohne Fehler abzuwickeln. Zeit- und Kostenaufwand und die daraus resultierende zeitliche Verzögerung seien immens. Dabei lasse sich feststellen, dass zumindest im ländlichen Bereich im Vergabeverfahren grundsätzlich keine europäischen Bewerbungen vorliegen. Im EU-Wettbewerbsrecht verbreite überdies die Gefahr der Rückforderung von Beihilfen nach Jahren noch Unsicherheit in den Kommunen, obwohl keine Binnenmarktrelevanz vorliege, was beweise, dass eine Vielzahl der Vorschriften marktuntauglich sei.

Die Politik schafft Regelungen, aber auch weil Bürger bzw. Unternehmen danach verlangen

Dr. Gerd Landsberg, Geschäftsführendes Präsidialmitglied des Deutschen Städte- und Gemeindebundes (DStGB), kritisierte in seiner Einführung auch die komplexe EU-Gesetzgebung, die für die Kommunen hohen Kosten- und Zeitaufwand mit sich bringe. Der Abbau von Verwaltungslasten sei eine Daueraufgabe, die nie zu einem vollständig befriedigenden Ende führen werde. Einer der Gründe sei, dass zum Beispiel jede neue Regierung – sei sie nun in Brüssel, Berlin oder einer Landeshauptstadt – weniger Verwaltungsaufwand verspricht, dann aber doch immer mehr neue Regeln schaffe. Dabei wäre es jedoch ungerecht, wegen der Bürokratie allein auf die Politik zu schimpfen. Denn es seien oft die Bürger und auch die Wirtschaft selbst, die nach mehr Regelungen verlangen. Dr. Landsberg wies mit erheiternden und absurden Praxisbeispielen darauf hin, dass statt des Einsatzes von Stein-Fangnetzen beim Rasenmähen öffentlicher Flächen (um dabei keine parkenden Autos durch Steinschlag zu beschädigen) und ähnlicher übertriebener Absicherungsmaßnahmen mehr Vertrauen bei den Menschen geschaffen werden müsse, das kein scheinbar noch so notwendiges Gesetz ersetzen kann.

Europa wird beim Bürger hauptsächlich mit dem Schlagwort „Bürokratie“ verbunden

Als Reaktion auf die Vorreden der kommunalen Verbände legte der ehemalige Bayerische Ministerpräsident Dr. Edmund Stoiber mit vielen anschaulichen Anekdoten aus seiner persönlichen Erfahrung als Vorsitzender der Hochrangigen Gruppe dar, warum die EU auf lokaler und nationaler Ebene oft als „Moloch“ angesehen würde, das als Antwort auf den Wunsch der Allgemeinheit nach mehr Rechtssicherheit durch das Produzieren von Bürokratie den Bezug zu Städten und Gemeinden verliere. Hauptgrund für diese Perzeption der EU bei der Bevölkerung sei eine Akzeptanzkrise in der EU, die durch die gegenwärtigen Probleme mit Griechenland und dem Euro noch verschärft würde. Den Menschen sei nicht bewusst, was derzeit in der EU auf dem Spiel stehe, da der heutigen Generation der Bezug zu einheitsstiftenden Ereignissen wie dem zweiten Weltkrieg fehle. So sehen in Deutschland weniger als 50 % der Gesamtbevölkerung die EU als positiv an. Dies resultiere aus einer nicht vorhandenen öffentlichen Meinung auf EU-Ebene, aus mangelnder Diskussion und Berichterstattung, was wiederum ein Unwissen auf Seiten der europäischen Bürger zur Folge habe.

In diesem Zusammenhang bemängelte Dr. Stoiber die dürftige Medienpräsenz in Brüssel; so habe die Bildzeitung erst seit kurzem einen festen Redakteur vor Ort und selbst ein so renommiertes Nachrichtenmagazin wie der Spiegel begnüge sich mit nur einem Berichtersteller, wohingegen in Berlin 30 Redakteure vertreten seien. Laut Dr. Stoiber müsse sich die Gesellschaft viel früher in die europäische Debatte einbringen und sich darauf einstellen, Entscheidungen des Parlaments intensiver zu verfolgen und zu diskutieren. Dies sei umso dringlicher, wenn man bedenkt, dass bei den Rechtsbefehlen für deutsche Bürger im Zeitraum 1998-2004 85 % aus Brüssel stammten und lediglich 15 % aus Deutschland und den Kommunen. Nur durch eine aktive Debatte der Zivilgesellschaft könne eine sich derzeit dramatisch verstärkende Abwehrhaltung der Bürger in Bezug auf die EU vermieden werden, von der Eurobarometer-Umfragen zeugen. Auf die Frage, was sie mit der EU verbinden, antworteten im Durchschnitt über 20 % der Befragten EU-Bürger: „Bürokratie“.

Bürokratieabbau als mühsames Unterfangen – sowohl auf EU- als auch auf nationaler Ebene

Dr. Stoiber verteidigte die EU und seine mit viel Herzblut betriebene Arbeit zum Bürokratieabbau, die ein mühsames Unterfangen sei. Zu schnell würde mit dem Finger auf die EU gezeigt und zu oft werde sie für Dinge verurteilt, die gar nicht in ihrem Verantwortungsbereich lägen. So seien es die Mitgliedstaaten selbst, die durch ineffizienten Vollzug von EU-Vorschriften allein 1/3 der Bürokratiekosten verursachten. Jedoch werde oft nicht bedacht, dass die EU-Abgeordneten dafür arbeiteten, das Leben der Menschen zu verbessern. Dr. Stoiber selbst bekäme acht bis zehn Briefe pro Tag von Bürgern, die in ihrer Not meinen, ihre Probleme lägen bei der EU. Dabei seien sie es, die nach mehr Sicherheit verlangten, weil sie nicht bereit seien, Verantwortung zu übernehmen. Diese „janusköpfige Gesellschaft“ könne nur durch die öffentliche objektive Meinungsbildung zu EU-Themen aufgeklärt werden, so Dr. Stoiber.

Seine Anstrengungen zum Bürokratieabbau erläuterte Dr. Stoiber am Beispiel der Entlastung von Unternehmen. Hierbei entstehen Verwaltungslasten in Höhe von 40 Mrd. €, wobei 50 % in Brüssel und 50 % auf nationaler Ebene initiiert werden. Seit drei Jahren arbeite er an der Einsparung von 45 Mrd. € und habe der Kommission bereits 300 Vorschläge unterbreitet. Den Bürokratieabbau bezeichnete er als „kostenloses Konjunkturprogramm“. Allerdings räumte Dr. Stoiber ein, dass die Prozesse innerhalb der EU sehr langwierig seien. So habe er im Mai 2008 einen Vorschlag der EU für Mikrounternehmen untersucht und festgestellt, dass eine europäische Regelung keinen Sinn mache, da 90 % der betroffenen Unternehmen keinerlei internationalen Verkehr hätten. So seien dank seiner Initiative nun Ausnahmen beschlossen worden, obwohl das Thema weder von der Ratspräsidentschaft Spaniens noch Belgiens auf die Tagesordnung gesetzt wurde. Ein weiteres Problem sei, dass mit wechselnden EU-Kommissaren kaum eine Regelung in ihrer ursprünglichen Fassung fortgeführt würde. Daher forderte Dr. Stoiber eine genaue und kontinuierliche Messung der Folgewirkung von Regelungen nach jeder Abstimmung im Parlament, im Rat und in der Kommission. Nur so könne ein Bewusstsein für eine effiziente europäische Verwaltung geschaffen werden.

Dr. Stoiber betonte, er fülle seine ehrenamtliche Tätigkeit mit viel Engagement und weit über sein eigentliches Mandat aus, indem er stets den Kontakt zu Regierungschefs wie Sarkozy oder Jean-Claude Juncker suche. Das größte Problem aber stelle der Rat – also die Vertreter der Mitgliedstaaten selbst – dar. Der Zukunft der EU sieht Dr. Stoiber mit großer Besorgnis entgegen. Er befürchte, dass die EU aufgrund der Renaissance von Nationalismus in einigen Mitgliedstaaten „zerbröseln“ könnte. Die Pressekonferenzen nach wichtigen EU-Beschlüssen zeigen dies deutlich, denn jeder Regierungschef gebe bekannt, er habe die Interessen seines Landes durchgesetzt, ohne Rücksicht auf das gemeinsame europäische Ergebnis.

Der Vorsitzende der Hochrangigen Gruppe wies auch darauf hin, dass jedes Land die Bürokratie in Europa unterschiedlich wahrnehme. So gäben nur 3 % der Italiener bei Umfragen an, dass sie die EU als „Moloch“ ansehen, weil sie selbst über vier unterschiedliche Verwaltungssysteme und 23.000 Gesetze verfügen und keiner mehr wüsste, welche der Regelungen überhaupt noch anwendbar seien. Deshalb würde eine neue EU-Regelung endlich Klarheit in der Rechtslage schaffen und sei daher sehr willkommen. Dass in der EU 27 unterschiedliche Mentalitäten aufeinander treffen, mache die ganze Sache also nicht einfacher.

Fruchtbare Diskussion zum Bürokratieabbau mit dem Publikum

Im Anschluss an den mitreißenden Vortrag von Dr. Stoiber folgte eine nicht weniger hitzige Diskussion zum Bürokratieabbau mit den nahezu 80 anwesenden Besuchern, darunter auch die EU-Abgeordneten Heide Rühle (GRÜNE/FEA), Kerstin Westphal und Ismail Ertug (beide S&D). Auf die Frage, ob es sinnvoll sei, eine Struktur zu schaffen, die den bürokratiearmen Vollzug auf Ebene der Nationalstaaten kontrolliere, antwortete Dr. Stoiber, nur die Kommission käme hierfür in Frage. Auch sei es angebracht, Kommissionsbeamte bei Deregulierungsvorschlägen zu befördern, anstatt nur bei der Initiierung von neuen Rechtsakten. Zudem zeigte sich der ehemalige Ministerpräsident sehr interessiert auf den Vorschlag von Kerstin Stuber (Bayerischer Gemeindetag), die Hochrangige Gruppe könnte ggf. die Rechtsprechung des Europäischen Gerichtshofs genauer unter die Lupe nehmen. Gerade im Bereich des öffentlichen Beschaffungswesens, wenn die EU-Richtlinien unterhalb der Schwellenwerte oder bei der Dienstleistungskonzession gar nicht anwendbar seien, bringe der EuGH dann immer das Totschlagargument der Anwendbarkeit der Grundsätze des Primärrechts und Sorge unter dem diffusen Hinweis auf die Binnenmarktrelevanz für Unsicherheit bei den Kommunen. Hierzu wurde sofort verabredet, dass das Europabüro eine Vorlage an das Team von Herrn Dr. Stoiber machen werde – erste Kontakte wurden sodann gleich hergestellt. (AG/Pr)